MIGRATION

Unzufriedene Eltern

CHRISTOPH GOEDAN / LAIF

Nachhilfeunterricht an Berliner Gesamtschule

Die Mehrheit der Eltern türkischstämmiger Kinder ist unzufrieden mit den Leistungen der Lehrer an deutschen Schulen. 59 Prozent der türkischstämmigen Eltern gaben bei einer repräsentativen Befragung durch das Allensbach-Institut an, sie hätten nicht den Eindruck, dass ihre Kinder in der Schule die gleichen Chancen haben wie deren deutsche Klassenkameraden. Die Eltern machten dafür in hohem Maß die Pädagogen verantwortlich: So sagten 63 Prozent zur Begründung, viele Lehrer hätten Vorurteile gegenüber Migrantenkindern. Zudem würden Schüler aus Zuwandererfamilien von den Pädagogen zu wenig gefördert (54 Prozent). Bei gleichen Leistungen würde diese Gruppe schlechter beurteilt, außerdem halten die Eltern mit Migrationshintergrund die Lehrer beim Umgang mit ihren Kindern für überfordert (jeweils 51 Prozent). Eine große Mehrheit der Eltern sah aber auch in mangelnden Sprachkenntnissen eine Ursache für ungleiche Chancen. Für die Studie im Auftrag der Vodafone Stiftung wurden 1256 Eltern von Kindern im Alter von 3 bis 18 Jahren in direkten Gesprächen befragt, davon 214 türkischstämmige. Die deutschen Eltern urteilten deutlich positiver über Chancengleichheit an den Schulen.

UMWELT

Müllgesetz scheitert

Eine Einigung mit den Bundesländern über das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz hält die Bundesregierung für wenig wahrscheinlich. Die Positionen lägen zu weit auseinander, als dass mit einer Zustimmung des Bundesrats zu rechnen sei, heißt es in der Regierung. Das neue Gesetz soll dazu dienen, noch mehr Abfälle als bisher wiederzuverwerten. Dazu wollte Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) kommunale und private Abfallentsorger gleichrangig behandeln. Die Länder hingegen halten daran fest, dass die Abfallbetriebe der Kommunen entscheiden sollen, was mit dem Müll passiert. Dahinter steckt auch die Sorge, dass zu viel Recycling die Auslastung kommunaler Müllverbrennungsanlagen gefährden könnte. Die Anlagen arbeiten nur dann rentabel, wenn sie in großen Mengen Reststoffe verbrennen. Ein stärkerer Zugriff von Privatfirmen auf Wertstoffe könnte dazu führen, dass Müllverbrennungsanlagen in kommunaler Hand Verluste schreiben. Bereits vor der Sommerpause hatte der Bundesrat in scharfer Form gegen Röttgens Kreislaufwirtschaftsgesetz opponiert.

JOERG MUELLER / VISUM

Müllverbrennungsanlage in Hamburg

ODENWALDSCHULE

Lehre der Vergangenheit

Nach dem Austritt aus der traditionsreichen Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime wird die Odenwaldschule möglicherweise einen neuen Zusammenschluss von Schulen gründen. Es gebe Überlegungen, „einen Arbeitskreis für innovative Schulen, die aus der Vergangenheit lernen, aufzubauen“, sagte Philip von Gleichen, Vorstandsmitglied der Odenwaldschule. Diese hatte am Freitag die Vereinigung verlassen, der bis vor kurzem 21 Internate angehörten. In einer internen E-Mail beklagte die Leitung der Odenwaldschule unter anderem „mangelnde Solidarität innerhalb der Landerziehungsheime und die entsetzliche Blindheit gegenüber den institutionellen Missbrauchsgefahren in den eigenen Einrichtungen“. An der Odenwaldschule waren über Jahre viele Schüler missbraucht worden. Die Vereinigung der Landerziehungsheime verlor damit innerhalb kurzer Zeit ein zweites Mitglied. Zuvor war die Schule Schloss Salem ausgetreten. Ihre Begründung: Die unzureichende Aufklärung an der Odenwaldschule habe das Internat in Salem sehr belastet, erklärte der Vorsitzende Robert Leicht.